



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

21. Sitzung

5. Wahlperiode

Mittwoch 11. Juli 2007, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

	Volker Schlotmann, SPD (zur Geschäftsordnung)	16
	B e s c h l u s s	16
Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT	4	
Aktuelle Stunde Stand der Diskussion zur Föderalismusreform II – Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern	4	
Volker Schlotmann, SPD	4	
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	5	
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE	7	
Dr. Armin Jäger, CDU	8	
Michael Roolf, FDP	9	
Stefan Köster, NPD	10	
Rudolf Borchert, SPD	11	
Mathias Löttge, CDU	13	
Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT	14	
Michael Roolf, FDP (zur Geschäftsordnung)	14, 15	
Dr. Armin Jäger, CDU (zur Geschäftsordnung)	14	
B e s c h l u s s	15	
Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung)	15	
B e s c h l u s s	16	
	Volker Schlotmann, SPD (zur Geschäftsordnung)	16
	B e s c h l u s s	16
	Gesetzentwurf der Fraktion der FDP: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 5/351 –	16
	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 5/680 –	16
	Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Drucksache 5/693 –	16
	Dr. Norbert Nieszery, SPD	17
	Wolf-Dieter Ringguth, CDU	17
	Peter Ritter, DIE LINKE	18
	Gino Leonhard, FDP	19
	Michael Andrejewski, NPD	20
	B e s c h l u s s	20
	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Mecklenburg-Vorpommern (Hochschulzulassungsgesetz – HZG M-V) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 5/463 –	21

Gino Leonhard, FDP	58	Birger Lüssow, NPD	67
Michael Andrejewski, NPD	58	Hans Kreher, FDP	68
B e s c h l u s s	60	B e s c h l u s s	69
Unterrichtung durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz: Siebter Tätigkeitsbericht gemäß § 33 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes von Mecklenburg-Vorpommern (DSG M-V) und Zweiter Tätigkeitsbericht gemäß § 38 Absatz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) – Drucksache 4/2078 –		Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP: Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen des 5. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Gdynia vom 21. bis 23. Mai 2007 – Drucksache 5/647(neu) –	
	60	Sylvia Bretschneider, SPD	69
Unterrichtung durch die Landesregierung: Stellungnahme zum Siebten Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Mecklenburg-Vorpommern für die Zeit vom 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2005 – Drucksache 4/2276 –		Barbara Borchardt, DIE LINKE	71
	60	Renate Holznagel, CDU	72
Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses – Drucksache 5/645 –		Udo Pastörs, NPD	73
	60	Detlef Müller, SPD	74
Barbara Borchardt, DIE LINKE	60	B e s c h l u s s	75
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU	61	Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP: Kein Braunkohletagebau in der „Griesen Gegend“ – Drucksache 5/660 –	
Gabriele Měšťan, DIE LINKE	62		75
B e s c h l u s s	63	Dr. Till Backhaus, SPD	75
Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) – Drucksache 5/678 –		Minister Jürgen Seidel	77
	63	Birgit Schwebs, DIE LINKE	78
B e s c h l u s s	63	Wolfgang Waldmüller, CDU	79
Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Förderung von Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zur Erhöhung des Geschichtsbewusstseins und des Demokratieverständnisses von Schülerinnen und Schülern – Drucksache 5/158 –		Sigrun Reese, FDP	79
	63	Udo Pastörs, NPD	79
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur – Drucksache 5/646 –		Dr. Margret Seemann, SPD	81
	63	B e s c h l u s s	83
Ilka Lochner-Borst, CDU	63	Einspruch des Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, gemäß § 100 der Geschäftsordnung des Landtages gegen einen erteilten Ordnungsruf in der 19. Sitzung des Landtages	
Minister Henry Tesch	65		83
Andreas Bluhm, DIE LINKE	66	B e s c h l u s s	83
Heike Polzin, SPD	67	Nächste Sitzung Donnerstag, 12. Juli 2007	
Marc Reinhardt, CDU	67		83

und anderen Regularien vertiefen können und vertiefen müssen.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal die sogenannte große Politik gegenüberstellen der Zusammenarbeit im Rahmen unseres Parlamentsforums. Was die große Politik betrifft, hat es gerade am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft erhebliche, für mich kaum nachzuvollziehende Verwerfungen und Schwierigkeiten im deutsch-polnischen Verhältnis, die insbesondere auch von der polnischen Seite gekommen sind, gegeben. Von diesen Problemen kann im Rahmen unserer Tätigkeit im Parlamentsforum keine Rede sein. Hier herrschte, wie ich finde, eine sehr angenehme und konstruktive Atmosphäre. Das kommt auch in einem an Frau Bretschneider gerichteten Brief, der uns in den letzten Tagen zur Verfügung gestellt worden ist, zum Ausdruck, den der Vorsitzende des Sejmik von Westpommern geschrieben hat. Er hat sich noch einmal ausdrücklich für die freundliche und inhaltliche Unterstützung unserer Delegation beim Parlamentsforum bedankt. Ich finde, das ist gut so und zeigt, wie in der Praxis eine gute Nachbarschaftsarbeit zwischen Deutschen und Polen funktionieren kann.

So ist natürlich die Ihnen vorliegende Resolution nicht ein Papier, das wir den Partnern allein in die Feder diktiert haben, es ist ein Papier – auch Frau Kollegin Borchardt hat darauf hingewiesen –, in dem es um Kompromisse gegangen ist. Und ich bin sehr froh, dass dennoch viele unserer Punkte in diese Resolution aufgenommen worden sind und man nicht nur sagen kann, wir haben versucht, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, sondern es ist wesentlich mehr geworden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Abschluss, ebenfalls den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung zu danken für ihre geleistete Arbeit, aber gestatten Sie mir auch, insbesondere der Leiterin unserer Delegation, Frau Präsidentin Bretschneider, ein Riesenkompliment zu machen. Ich finde, sie hat mit sehr viel Charme und Sachverstand die Interessen unseres Landes in diesem Forum vertreten. Dafür bedanke ich mich persönlich und auch im Namen meiner Fraktion.

Ich bitte Sie sehr herzlich, stimmen Sie der uns vorliegenden Entschließung zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Müller.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/647(neu). Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/647(neu) bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP, drei Stimmen der Fraktion der NPD und zwei Enthaltungen der NPD so angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Kein Braunkohleabbau in der „Griesen Gegend“, Drucksache 5/660.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP: Kein Braunkohleabbau in der „Griesen Gegend“ – Drucksache 5/660 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Backhaus von der SPD.

Dr. Till Backhaus, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei allen demokratischen Fraktionen bedanken, dass wir dieses Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt haben.

(Stefan Köster, NPD: Ich denke, Sie wollten das nicht auf die Tagesordnung nehmen, Herr Backhaus.)

Ich glaube, dass wir damit insbesondere in die Region des Landkreises Ludwigslust ein klares Signal senden mit der klaren und eindeutigen Botschaft: Wir wollen den Braunkohleabbau in der Region Lübtheen nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Klimaschutz, Energiepolitik, Energieeffizienz, Artenvielfalt, Artenreichtum – das sind in den letzten Wochen und Monaten die Aussagen nationaler und internationaler Bemühungen

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

im Fokus der allgemeinen Öffentlichkeit und des öffentlichen Interesses. Gerade am letzten Wochenende – ich glaube, das darf man hier einflechten – haben namhafte Künstler noch einmal eine Initiative gestartet, um die Popularität zu nutzen und die Menschen auf das Thema Klimaschutz und die Wirksamkeit für den Klimaschutz hinzuweisen. Ich glaube, wenn man sich die Zahl auf der Zunge zergehen lässt, dass zwei Milliarden Menschen, also fast ein Drittel der Menschheit, irgendwo an diesen Konzerten teilgehabt haben, dann ist das ein deutliches Signal, wie wichtig den Menschen insgesamt auf der Erde das Thema Klimaschutz, Energieeffizienz oder auch Artenschutz ist.

Es scheint mittlerweile in weiten Teilen der Bevölkerung klar zu sein, dass der weitere Raubbau an der Natur und Eingriffe in komplexe natürliche Gefüge unsere eigene Existenz bedrohen könnten. So wird international der Ruf nach politischen Maßnahmen immer lauter und die Bereitschaft zu persönlichen Einschränkungen auch immer größer. Dieses ist durch den Landtag insgesamt eigentlich nur zu begrüßen.

Gerade Deutschland hat sich in den vergangenen Monaten erfolgreich für den Klimaschutzprozess, für mehr Energieeffizienz in Europa und weltweit eingesetzt. Ich erinnere an die weitreichenden Beschlüsse zum Klimaschutz und zur Energiepolitik auf der Brüsseler Ebene im Rahmen der EU-Präsidentschaft und natürlich auch im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel. Ich glaube, man darf hier an dieser Stelle sagen, das, was Deutschland im Rahmen der EU-Präsidentschaft, im Rahmen des Klimagipfels insgesamt erreicht hat, das kann sich wirklich sehen lassen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Na, na!)

Ich danke auf jeden Fall der Kanzlerin, dem Bundesumweltminister und der Bundesregierung für das, was wir auf europäischer Ebene insgesamt erreicht haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh, oh, oh!)

Dies muss jetzt umgesetzt werden. Ich glaube, mit diesem positiven Signal ...

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wenn von der linken Seite oder von der rechten Seite jetzt da eingegriffen wird, dann kann ich Ihnen nur sagen, ich glaube, dass das, was wir in Deutschland erreichen wollen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

nämlich 30 Prozent CO₂-Reduktion zu erreichen, ein Meilenstein ist in der deutschen Entwicklung. Das will ich schon deutlich machen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Ich will an dieser Stelle deutlich machen, mit diesem positiven Signal, das von Mecklenburg-Vorpommern auch im Rahmen der vergangenen Jahre ausgegangen ist, nämlich mit Ziel, die erneuerbaren Energien voranzutreiben, sind wir auf dem richtigen Weg und dieses sollten wir weiter umsetzen. Ein negatives Signal allererster Güte wäre der Braunkohleabbau in der Griesen Gegend. Dies zu verhindern ist Verpflichtung für alle demokratischen Fraktionen im Land und Anlass dafür, dieses Thema hier erneut zu debattieren. Ich persönlich habe mich von Anfang an immer gegen diesen Abbau der Braunkohle eingesetzt.

(Raimund Borrmann, NPD:
Das hat bloß keiner so richtig gemerkt.)

Ich sage an dieser Stelle auch ganz deutlich: Die demokratischen Fraktionen wollen keinen Braunkohleabbau in der Griesen Gegend.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Dieses, das will ich ausdrücklich unterstreichen, müssen wir endlich abschließend dokumentieren, denn der Raum Lübtheen darf nicht länger in den Negativschlagzeilen stehen. Das haben die Menschen in der Region nicht verdient.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ebenso wenig hat es die gesamte Region des Landkreises Ludwigslust verdient, durch Aktivitäten undemokratischer Kräfte in die Negativschlagzeilen zu geraten, nur weil innerhalb der NPD bei der Diskussion zum Braunkohleabbau die eigenen Interessen natürlich mit ausgeschlachtet werden. Das Schüren von Angst und Unsicherheit dient lediglich einem Ziel, nämlich dem Gewinn von Wählerstimmen. Das ist Populismus in Reinkultur,

(Udo Pastörs, NPD: Und das machen Sie nicht?)

Populismus auf Kosten der Menschen der Region,

(Raimund Borrmann, NPD:
Nur weil Sie geschlafen haben.)

auf Kosten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, ja, sogar auf Kosten Deutschlands.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich sage hier eines sehr klar und deutlich: Braun – nein danke! Braunkohle – nein danke!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD und CDU – Udo Pastörs, NPD:
Sie erzählen doch immer das Gleiche!)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal kurz den Sachstand darstellen. 1997 erhielt die MIBRAG eine Genehmigung, um Probebohrungen vorzunehmen. Diese wurden nicht wie vorgesehen bis zum Jahr 2000 abgeschlossen. Daraufhin erhielt die MIBRAG eine Verlängerung bis ins Jahr 2005. Im Jahr 2005 versuchte die MIBRAG, eine weitere Verlängerung bis ins Jahr 2008 zu erwirken. Dieses wurde durch das Bergamt versagt. Ich halte dieses für eine konsequente Regelung.

Ich bin der Auffassung, dass wir jetzt dieses klare Signal noch einmal senden müssen vom Gesetzgeber, und zwar untersetzt durch die Landesregierung: Wir wollen den Braunkohleabbau in Lübtheen nicht! Ich glaube, die Gründe liegen nicht nur in der Situation in der Region begründet, sondern sind auch vor dem Hintergrund zu sehen, die Braunkohle als solches ist mit einem Minderwert versehen, der Wassergehalt ist hoch und das Abbauverhältnis ist katastrophal. So geht es der MIBRAG heute vielmehr um die langfristige Sicherung ihrer Wirtschaftsinteressen. Damit stehen wir vor der Frage: Ist es vor diesem Hintergrund berechtigt, eine ganze Region über ihre Zukunft im Unklaren zu lassen? Ich sage ganz klar: Nein!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wollen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht, die Stadt Lübtheen nicht und die betroffenen Gemeinden erst recht nicht, das will der Landkreis Ludwigslust nicht und das wollen der Landtag als auch die Landesregierung nicht. Die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP unterstützen diesen demokratischen Willen mit allem Nachdruck. Ein derartiges Offenhalten dieser unternehmerischen Entscheidung verhindert heute und auf Dauer die langfristige Planung öffentlicher und privater Investitionen. Dies läuft der positiven Entwicklung in einem Landkreis, der zweifelsohne zu den leistungsstärksten Regionen in Mecklenburg-Vorpommern gehört, deutlich entgegen. Die gesamte Raumplanung, die Raumentwicklung, ja, die gesamte Wirtschaftsentwicklung im Südwesten unseres Landes wird damit verhindert. Abwanderung oder die Enteignung von Haus, Grund und Boden und somit eine langfristige Unsicherheit sind damit verbunden.

(Udo Pastörs, NPD: Alles NPD-Positionen!)

Die Menschen verlieren damit das Vertrauen in die Politik, die Menschen verlieren damit das Vertrauen in die Demokratie.

Herr Pastörs, das Liebste wäre mir, Sie packen Ihre Klammotten

(Udo Pastörs, NPD: Das glaube ich.)

und sehen zu, dass Sie dort wieder hingehen, wo Sie hergekommen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der
Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Stefan Köster, NPD: Hören Sie auf zu trommeln!)

Machen Sie das! Machen Sie das möglichst schnell und sehen Sie zu, dass Sie diese Region verlassen, dann haben wir endlich Ruhe in einer der schönsten Regionen Deutschlands!

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Verschwinden Sie aus der Region und dann haben wir endlich Ruhe dort!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich sage an dieser Stelle noch einmal, diese Region ist zweifelsohne einmalig und wunderschön. Die Natur ist geprägt von ausgedehnten Kieferheiden, Binnendünen, ja, von Trockenrasenstandorten. In dieser Kombination und Ausdehnung ist im Übrigen ein solcher Lebensraum in Europa nur schwer ein zweites Mal zu finden. Aus diesem Grunde wurde diese Region in die FFH-Kulisse mit aufgenommen und in Brüssel gemeldet. Die großen Heidekomplexe beherbergen eine Vielzahl von seltenen Insekten. In den Kieferwäldern gibt es das landesweit bedeutsamste Vorkommen des Rauhußkauzes, ebenso Vorkommen der Heidelerche, der Schwarzkehlchen, des Bachpiepers und des Ziegenmelkers, die im Übrigen auf der Roten Liste Europas stehen und weltweit vom Aussterben bedroht sind. Aller Voraussicht nach werden circa 3.000 Hektar Naturlandschaft dieser Region in das Vogelschutzgebiet und damit in das SPA-Gebiet gemeldet und in Brüssel angemeldet.

All dies gilt es zu erhalten. Wir alle wissen, wie gravierend ein Braunkohletagebau das Landschaftsbild verändern würde. Große Waldvernichtung wäre erforderlich. Zurückbleiben würde eine unwirkliche Landschaft, kahler Abbau und Wasserflächen. Geeignete Flächen für Ersatzaufforstungen oder Gesamtentwicklung stehen im Übrigen in dem Gebiet nicht zur Verfügung. In dem Zusammenhang, glaube ich, sind die Folgen für die Lebensqualität der Bevölkerung, den Tourismus, den Naturschutz, die Forstwirtschaft und auch für die Landwirtschaft ebenso katastrophal zu betrachten wie die Aussage – ich komme sofort zum Schluss –, dass erste Schätzungen zeigen, dass bei einem Tagebau jährlich 500 Millionen Kubikmeter Wasser abgeführt werden müssten. Das sind 16 Kubikmeter pro Sekunde. Insofern würde aus diesem Tagebau in etwa ein Abfluss der Warnow vergleichbar mit Rostock entstehen.

Deswegen, glaube ich, ist unter dem Strich das Signal des Landtages von entscheidender Bedeutung, nämlich mit diesem Beschluss zu dokumentieren: Wir wollen diesen Braunkohleabbau in Lübtheen nicht und dieses ist gedeckt durch die demokratischen Parteien. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Abgeordneter Dr. Backhaus.

Es hat um das Wort gebeten der Minister für Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern Herr Seidel. Herr Seidel, Sie haben das Wort.

Minister Jürgen Seidel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir über die Zukunft der Griesen Gegend reden – und das ist ja im Wesentlichen der Gegenstand des Antrages –, dann will ich Ihnen gern versichern, dass von meinem Hause alles unternommen wird, die Zukunft und damit die Landschaft dieser Region, aber auch die des Landes Mecklenburg-Vorpommern insgesamt zu sichern.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Vor diesem Hintergrund begrüße ich ausdrücklich den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP mit der klaren Aussage: Kein Braunkohleabbau in Lübtheen!

Für mich als Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, Herr Präsident, gilt es, hier eine Priorität zwischen den verschiedenen Interessen zu setzen, und diese Priorität wurde in der Koalitionsvereinbarung eindeutig fixiert. Ich zitiere: „Ein Braunkohleabbau in der Griesen Gegend widerspricht der touristischen Entwicklung des Landes“. Weder Mecklenburg-Vorpommern noch Deutschland sind aus Versorgungsgründen auf die Braunkohle aus Lübtheen angewiesen, aber – und das muss man noch einmal feststellen – die Griesen Gegend ist auf den Tourismus angewiesen und wir wollen diese Zukunft nicht verbauen.

Die Region um Lübtheen ist ein Raum von „besonderer natürlicher Eignung“ für den Tourismus. Das ist die Aussage des Raumordnungsprogramms. Entsprechend dieser Einordnung sind in der Vergangenheit in der Griesen Gegend bis hin zur Elbe verschiedenste Investitionen in Tourismusunternehmen sowie in die touristische Infrastruktur erfolgt und es gibt hier weitere Planungen. Ein Braunkohleabbau hätte demzufolge erhebliche negative Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung dieses Tourismusraumes. Dabei ist von Unternehmen wiederholt Klage darüber geführt worden, dass hinsichtlich der durchgeführten Probebohrungen für einen möglichen Braunkohleabbau keine Planungssicherheit für weitere touristische Investitionen bestehe.

Meine Damen und Herren, noch einen kurzen Blick in die Geschichte: Es ist nicht neu, dass in der Region Lübtheen Diatomeenkohle lagert und dies die einzige nennenswerte Landeslagerstätte in Deutschland ist. Das ist bekannt. Diatomeenkohle hat einen niedrigen Heizwert, von wirtschaftlichem Interesse sind lediglich die Aschen. Diese sind in der Industrie vielseitig verwendbar. Aus diesem Grunde wurden schon zu DDR-Zeiten Vorerkundungen durchgeführt. Die Widerstände der Bevölkerung und der umliegenden Unternehmen gründen sich eben gerade auch auf diese Vorgeschichte und die Kenntnis der Probleme in anderen Braunkohleabbauregionen. Es ist genauso bekannt, dass Braunkohletagebau einen immer sehr umfangreichen Flächenanspruch hat mit den weitreichenden Folgen für Landschaft und Siedlungen. Allein die Grundwasserabsenkung für einen bis zu 300 Meter tiefen Tagebau würde sich auf umliegende Flächen und Gebäude auswirken und noch in 40 Kilometern spürbar sein.

Bis 2020, das heißt, mehr als ein Jahrzehnt bräuchte die MIBRAG nach eigenen Angaben noch, um zu erkunden, ob ein Braunkohleabbau in Lübtheen überhaupt technisch machbar und wirtschaftlich nutzbar wäre. Um mehr, aber auch nicht um weniger geht es derzeit. Ausschließlich zu Erkundungszwecken – und das möchte ich noch einmal betonen: zu Erkundungszwecken, nicht zu Abbauzwecken – hat das Bergamt Stralsund der MIBRAG bereits 1997 eine Erlaubnis nach dem Bundesberggesetz erteilt. Die Erlaubnis, das wurde gesagt, wurde mehrfach verlängert. Das sieht das Bundesberggesetz so vor, wenn die Voraussetzungen vorliegen, und die Voraussetzungen lagen vor. Eine weitere Verlängerung hat das Bergamt jedoch im Dezember 2005 abgelehnt. Den inzwischen begründeten Widerspruch der MIBRAG wird das Bergamt zurückweisen. Ein entsprechendes Schreiben hat die MIBRAG erhalten.

Einen wichtigen Gesichtspunkt, meine Damen und Herren, möchte ich zum Schluss noch erwähnen. Braunkohle ist zwar der einzige in Deutschland langfristig zur Verfügung stehende Energieträger, er ist aber auch derjenige mit dem höchsten CO₂-Ausstoß. 950 Gramm CO₂

je Kilowattstunde Nettostromerzeugung sind es bei der Braunkohle gegenüber 365 Gramm beim Gaskraftwerk und 750 Gramm für ein Steinkohlekraftwerk. Ich will noch schnell erwähnen, für das hoch effiziente Steinkohlekraftwerk in Lubmin zum Beispiel werden es 743 Gramm sein.

Bei den Beratungen zum Entwurf des Zuteilungsgesetzes 2012 ist die Bundesregierung zu Recht dem Antrag einiger Bundesländer nicht gefolgt, der Braunkohle eine erhöhte Benchmark für die Immissionszertifikatzuteilung zuzuordnen. Im Interesse des Klimaschutzes muss die Stromerzeugung langfristig auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden. Aus Gründen der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit, und das ist wichtig, sind wir aber auf lange Sicht noch auf den Einsatz fossiler Energieträger und möglichst CO₂-arme Verfahren angewiesen. Das ist bei Braunkohlekraftwerken sicherlich etwas schwierig.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Bei Steinkohle ist das auch nicht viel besser.)

Aus diesem Grunde wollen wir keinen Braunkohleabbau in Lübtheen. Ich bitte Sie, diesem Antrag hier zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass heute endlich der gemeinsame Antrag der demokratischen Fraktionen auf dem Tisch liegt und wir gemeinsam den Menschen in der Griesen Gegend mitteilen können, der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern positioniert sich eindeutig gegen den geplanten Abbau von Braunkohle bei Lübtheen und fordert die Landesregierung auf, es ihm gleichzutun.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Wir wollen damit die Aktivitäten aus der Region unterstützen – sei es die Arbeit der Bürgerinitiativen, sei es das parlamentarische Votum des Kreistages – und senden ein klares Nein aus diesem Hause. Und dies an die Herren von der NPD: Es bedarf Ihrer dabei nicht! Die von Ihnen so geschmähten demokratischen Parteien haben die Kraft, gemeinsam Position zu beziehen ebenso wie die Bürgerinitiativen vor Ort, die auch ohne Ihre Mitarbeit auskommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Wir wollen keinen Abbau von Braunkohle in unserem Land und wir wollen dabei auch keine rechtsradikalen Parolen und Hetze von Ihrer Seite. Ausgebaggerte und zerstörte Landschaften, Abraumbalden, Braunkohlekraftwerke und neue Nazis passen nicht zu unserem Land.

(Beifall Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich genau an eine gemeinsame Sitzung des Wirtschafts- und Umweltausschusses Anfang 2006, in der es um die Situation rund um die Planung der MIBRAG bei uns im Land ging. Das Wirtschaftsministerium beschrieb die rechtliche Situation und die wirtschaftlichen Interessen des

Landes, zu denen damals wie heute nicht der Abbau von Braunkohle gehört. Viel klarer und eindeutiger waren aber für mich die Aussagen des damaligen Umweltministers Wolfgang Methling, der nicht nur die Auswirkungen eines eventuellen Braunkohleabbaus auf die wunderbare und schützenswerte Landschaft der Griesen Gegend, auf Flora und Fauna und auf den Wasserhaushalt beschrieb, sondern der auch ganz klar politisch Stellung gegen den Braunkohleabbau in der Griesen Gegend bezog. Diese Position unterstützte meine Fraktion damals und sie unterstützt sie auch heute, ohne jegliche Abstriche.

Aber, meine Damen und Herren, genauso eine klare politische Stellungnahme erwartet, ja, verlangt die Fraktion DIE LINKE und, ich setze hinzu, verlangt auch die Bevölkerung in der Griesen Gegend von der jetzigen rot-schwarzen Landesregierung. Denn mit einem klaren und öffentlichen Bekenntnis der Landesregierung gegen die Planung der MIBRAG hätten auch endlich die Spekulationen zu den wahren Motiven der Landesregierung ein Ende, die sich die Herren von rechts außen in ihrer Argumentation immer zunutze machen. Insofern bin ich sehr froh darüber, dass zwei Minister der jetzigen Regierung dieses Vorhaben deutlich abgelehnt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Bevölkerung, Landesregierung, Kreistag, Parlament und alle demokratischen Parteien müssen in diesem Punkt mit einer Stimme sprechen.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Menge Argumente gegen das in Rede stehende Vorhaben. Eine Vielzahl haben wir heute davon schon gehört oder wir werden sie vielleicht auch noch hören, deswegen spare ich mir das. Trotzdem, denke ich, sind zwei Aspekte besonders wichtig:

Zum Ersten. Das derzeitige regionale Raumordnungsprogramm sieht andere Nutzungsarten für das Gebiet rund um Lübtheen vor. Da sind die militärische Nutzung und vor allem die Nutzung als Natur- und Landschaftsschutzraum mit unterlegtem FFH- und Vogelschutzstatus. Das hat natürlich großen Einfluss auf die touristische Nutzung der Griesen Gegend, von der eine große Zahl jetzt bestehender Arbeitsplätze abhängt. Bei der Fortschreibung des regionalen Raumordnungsprogramms, die derzeit stattfindet, wird vom Kreistag in Ludwigslust per Beschluss ebenfalls eine andere Nutzung als der Braunkohleabbau gefordert. Ich zitiere hier: „Für die Fortschreibung des regionalen Raumordnungsprogramms fordert der Landkreis Ludwigslust den regionalen Planungsverband auf, die zukünftige Nutzung des Gebietes im Rahmen der Ziele des Naturparks Elbtal zu entwickeln und als Vorranggebiet für die Entwicklung Naturschutz und Landschaftspflege festzuschreiben.“ Die Vertreter der Linkspartei im regionalen Planungsrat werden darauf achten, dass dieses Votum des Kreises festgeschrieben wird.

Und noch einen Aspekt dürfen wir bei der ganzen Diskussion nicht vergessen. Der Abbau von Diatomeenkohle und der Bau eines Braunkohlekraftwerkes auf dem Gelände widersprechen ganz klar den Klimaschutzzielen Deutschlands und unseres Bundeslandes. Bei Kraftwerkslaufzeiten von circa 40 bis 45 Jahren wird durch den Bau von Kohlekraftwerken der Braunkohleabbau wenigstens bis ins Jahr 2065 festgeschrieben. Wer den absehbaren Klimawandel ernst nimmt und seinen Auswirkungen vorbeugen will, der muss alles tun, um aus

der Verstromung fossiler Brennstoffe auszusteigen. Und gerade der Einsatz von Braunkohle zur Energieerzeugung ist das Klimaschädlichste, was man tun kann.

Meine Damen und Herren, ein Braunkohletagebau mit vor- und nachgelagerter Industrie, die auf Kosten der jetzigen Entwicklung der dort lebenden Menschen, auf Kosten von Natur und Umwelt quasi aus dem Boden gestampft wird, das kann hier niemand wirklich wollen. Deshalb freue ich mich über den heutigen Antrag, dem meine Fraktion unbedingt zustimmen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE und Rudolf Borchert, SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller von der CDU.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die von den Koalitionsfraktionen in ihrem Vertrag getroffenen Vereinbarungen zum Braunkohletagebau in der Griesen Gegend lassen keinen Spielraum für unterschiedliche Interpretationen zu. Es ist schon gesagt worden. Dort heißt es konkret unter der Ziffer 31 des Vertrages: „Ein Braunkohleabbau in der Griesen Gegend widerspricht der touristischen Entwicklung des Landes und wird aus diesem Grund nicht weiter verfolgt.“ Das ist eindeutig.

Meine Damen und Herren, vorgelegter Antrag der Koalitionsfraktionen sowie der LINKEN und der FDP ist demnach konsequent und folgerichtig. Mit den im Antrag aufgemachten Forderungen nach einem Bericht geht es den Antragstellern nicht nur um die touristischen Belange. Der Bericht soll auch auf die möglichen Auswirkungen der Diatomeennutzung auf das Klima, den Landschaftswasserhaushalt und die Naturlandschaft insgesamt eingehen.

Dieses, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist dringend notwendig, denn die Befürchtungen in der Bevölkerung und in den Unternehmen vor Ort liegen verständlicherweise auf der Hand. Die Abbaumaßnahmen – wir haben das schon gehört – sind massive Einschnitte in Natur und Landschaft. Das Hauptproblem ist der gigantische Flächenanspruch des vorgesehenen Tagesbaus, dem ganze Dörfer und Landschaften weichen müssten, Gebäude innerhalb der notwendigen Grundwasserabsenkung würden geschädigt, es können Setzungsrisse entstehen und dergleichen. Das sind die Auswirkungen der Abbaumaßnahmen. Das spare ich mir. Das wurde schon eingehend beschrieben. Die negativen Auswirkungen dieser Abbaumaßnahmen haben Einschränkungen auf die wirtschaftliche Betätigung und würden in erster Linie die gut entwickelte Tourismus- und die gut entwickelte Ernährungswirtschaft in dieser Region beeinträchtigen, zwei Wirtschaftszweige, die sich wirklich gut entwickelt haben.

Aus rechtlicher Sicht muss noch einmal mit einem verbreiteten Vorurteil aufgeräumt werden, das da lautet, dass die MIBRAG am Abbau Rechte besitzt. Das stimmt definitiv nicht. Zum rechtlichen Werdegang der Probebohrungen werde ich auch nicht weiter ausführen. Das ist schon genannt worden. Die Erlaubnis wurde in Folge mehrfach verlängert, dies bis zuletzt 2005, und ist jetzt ausgelaufen. Es wurde darüber berichtet. Darüber hinaus wurden keine Genehmigungen zur Verlängerung erteilt und sollen auch in Zukunft nicht erteilt werden.

Meine Damen und Herren, wie die Geschichte nun juristisch weitergeht, steht noch in den Sternen und ist auch von uns an dieser Stelle natürlich nicht beeinflussbar.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Genauso wenig wissen wir heute, ob, wann und von wem eventuell ein weiterer Antrag auf Erkundungsbohrungen gestellt wird. Dies müsste wieder ordnungsgemäß nach Bundesberggesetz zu prüfen sein. Aber das bleibt abzuwarten. Wir dürfen und wollen mit dem vorgelegten Antrag auch nicht auf verwaltungsrechtliche Verfahren Einfluss nehmen. Vielmehr geht es um ein deutliches klares politisches Zeichen für die Bevölkerung, einem Braunkohleabbau in der Griesen Gegend die Zustimmung zu verweigern.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Und dies wird auch von den Menschen vor Ort selbstverständlich erwartet. Angesichts der Redebeiträge bin ich mir sicher, dass hier für diesen Antrag ein großes Votum entsteht. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Waldmüller.

Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Reese von der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben zu diesem Antrag eigentlich schon fast alles gesagt, daher werde ich mich an dieser Stelle sehr kurz fassen.

Die FDP-Fraktion wird dem vorliegenden Antrag selbstverständlich zustimmen. Es ist ja auch nur logisch, denn schließlich haben wir ihn mit eingereicht. Wir sehen es als außerordentlich wichtig an, dass der Landtag heute ein deutliches politisches Zeichen setzt. Gleichwohl sind wir uns aber auch darüber bewusst, dass das Votum des Landtages zur Verhinderung eines Braunkohletagebaus leider kein endgültiges Ende der Pläne der MIBRAG bedeutet und wir damit die absolute Sicherheit, die die Bürger der betroffenen Region bräuchten, bedauerlicherweise nicht schaffen können. Aber auch wenn der heutige Beschluss keine endgültige Lösung schaffen kann, so ist er doch ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Reese.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs von der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Minister Backhaus posierte noch vor den letzten Landtagswahlen am 20. August 2006 in Lübtheen, dass die Einbringung eines Landtagsbeschlusses gegen das Lübtheener Braunkohlelvorhaben eine der ersten Aufgaben der neu gewählten Landesregierung sein werde.

(Minister Dr. Till Backhaus: Da
habe ich auch lange dran gearbeitet!)

Am 28.03.2007 verkündete derselbe Herr genau an dieser Stelle hier, dass ein Landtagsbeschluss untauglich sei, das Vorhaben abzuwenden, um heute hier wiederum das Gegenteil zu behaupten.

(Zuruf von Dr. Henning von Storch, CDU)

Aber manchmal, meine sehr verehrten Damen und Herren dieses sogenannten Hohen Hauses, reifen Erkenntnisse

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

auch bei den Neo- und Altkommunisten zu meiner Linken.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Heinz Müller, SPD: Oh, oh!)

Ich darf aus einem Brief der linken Abgeordneten Schwebs zitieren. Zitat: „Weil wir uns im Interesse der Wirtschaft zurückhalten, kann die NPD ihre Finger in jede Wunde stecken, und damit meine ich ausdrücklich auch die Politik der vorherigen Koalitionsregierung SPD/PDS.“

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Und weiter?)

„Die war auch nicht immer offen und durchlässig.“

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, so ist das
Leben. – Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Zitatende, meine Damen und Herren vom demokratischen Block.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
So ist das Leben.)

Mit Ihrem windelweichen Antrag liefern Sie dem Bürger erneut ein Beispiel der bizarren Funktionslogik des parlamentarischen Systems hier in diesem Haus.

Besonders beglückt es mich jedoch, dass Sie in der 14. Sitzung ganz besonders aufmerksam meinen Worten gelauscht haben, als ich sagte: „Bringen Sie meinetwegen unseren Antrag in abgewandelter Form neu ein,“

(Irene Müller, DIE LINKE: Ihrem
Geschrei kann man nicht lauschen.)

„damit Sie politisch korrekt zustimmen können.“ Bravo! Nun ist er nach Jahren Ihres Nichtstuns da. Endlich handeln Sie, wie die NPD es von Ihnen in ihrem Antrag eingefordert hat.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Und dies ist nichts anderes als die Umsetzung dessen, was die Politik den Menschen in meiner Heimatstadt Lübtheen bisher schuldig geblieben ist.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das ist Ihre Heimatstadt?! Oje!)

Und es interessiert uns von der NPD im Übrigen einen feuchten Kehricht, wenn Parteien, egal welcher Richtung, sich Exklusivrechte zur Beackerung eines Politikfeldes reservieren wollen, meine Herrschaften. Wir werden daher auch in Zukunft all jene Themen aufgreifen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, ja.)

die unseren Bürgerinnen und Bürgern unter den Nägeln brennen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das macht
Sie trotzdem nicht zu Volksvertretern.)

Und Sie, meine Herrschaften der demokratischen Versagerparteien, bitte ich um Verständnis dafür, dass wir Sie diesbezüglich nicht vorher um Erlaubnis bitten werden.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Bevor die NPD in den Landtag einzog, gab es Ihrerseits lediglich Kaffeekränzchen

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

und Lippenbekenntnisse gegen den Braunkohleabbau in der Griesen Gegend. Praktisch haben Sie, bis wir Druck machten, keinen Finger gerührt.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ihre Schmierkomödie ist einzigartig

(Minister Dr. Till Backhaus: Das ist ja krankhaft!)

und viele Bürger Lübtheens fühlen sich,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

wie ich meine, zu Recht durch Sie arglistig getäuscht, ja, übelst hintergangen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Auweia! Oh, oh!)

Ja, erst als wir die Angelegenheit im Parlament thematisiert haben, bekamen Sie kalte Füße.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh! –
Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das ist nicht wahr.)

Die Menschen draußen hoffen nun, dass Ihr Antrag nicht wiederum fauler Zauber ist,

(Heiterkeit bei Reinhard Dankert, SPD:
Ich kriege gleich noch was anderes
als kalte Füße, Herr Pastörs.)

sondern dass Sie tatsächlich den Braunkohleabbau im Aufsuchungsfeld Lübtheen zu verhindern suchen.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Einbildung ist die beste Bildung.
Bei manchen ist das die einzige.)

Dazu reicht, das wissen Sie allzu gut, natürlich ein substanzloser Landtagsbeschluss, der im Übrigen hinter dem zurückbleibt, was wir eingebracht hatten, bei Weitem nicht aus, meine Herrschaften. Die Menschen vor Ort und die NPD wollen mehr. Wir wollen auf der Grundlage der rechtlichen Bestimmungen des Bergrechts und aller sonstigen zu einer Verhinderung des Braunkohleabbaus geeigneter gesetzlicher Bestimmungen Rechtssicherheit für die Menschen in Lübtheen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das
interessiert doch niemanden, was Sie wollen.)

denn wir verstehen diesen Beschluss als Auftaktunterstützung im Kampf gegen den US-Konzern MIBRAG.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Und wo ist der Änderungsantrag?)

Und lassen Sie mich abschließend noch sagen ...

Vizepräsident Hans Kreher: Ich wollte Sie gerade darum bitten, zum Schluss zu kommen.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

Und lassen Sie mich abschließend noch sagen, dass es die NPD-Fraktion ganz besonders freut, dass die nationale Opposition mit ihrem zuerst eingebrachten Antrag das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in den Landtag tragen konnte

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Das stimmt einfach nicht, Herr Pastörs.)

und dass Sie, meine Damen und Herren Oberdemokraten, zwar murrend,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Auch in der letzten Legislatur haben wir uns damit beschäftigt.)

aber dennoch über das Stöckchen sprangen, welches wir Ihnen hingehalten haben.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Pastörs, ich habe Sie darum gebeten, zum Schluss zu kommen.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank, meine Herrschaften.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Birgit Schwebs, DIE LINKE:

Sie verbreiten hier Läusechen! –

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Sie

hätten ja einfach zustimmen können. –

Udo Pastörs, NPD: Das mache ich auch. –

Barbara Borhardt, DIE LINKE: Einen Änderungsantrag hätten Sie auch machen können.)

Vizepräsident Hans Kreher: Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Seemann von der SPD.

(Zuruf und Heiterkeit bei Raimund Borrmann, NPD)

Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich lebe von Geburt an im Südwesten Mecklenburg-Vorpommerns. Meine Familie stammt seit Generationen aus dieser Region. Ich kenne und liebe die Griesen Gegend als Natur- und Kulturlandschaft seit meiner Kindheit. Sie gehört wie für viele andere Menschen auch für mich im wahrsten Sinne des Wortes zu meiner Heimat, Herr Pastörs, im Gegensatz zu Ihnen – wie lange leben Sie hier eigentlich schon? –,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Das ist doch rechtsradikal, was Sie da sagen! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

die Sie im Zusammenhang mit den Erkundungsbohrungen in Lübbtheen mit vordergründigen Protesten

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja rechtsradikal, was Sie da formulieren, gnädige Frau.)

und angeblicher Besorgnis diese einzigartige Landschaft als Ihre Heimat deklarieren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir haben es ja eben wieder vernommen.

(Udo Pastörs, NPD: Denken Sie an Gender Mainstreaming!)

Sie tun so, als würden Sie alleine die Interessen der Mecklenburger und Vorpommern und vor allen Dingen derjenigen, die im Landkreis Ludwigslust leben, hier vertreten,

(Udo Pastörs, NPD: Nein, aber auch! – Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

als Alleinvertretungsanspruch.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Aber auch.)

Und wissen Sie, Herr Pastörs, Sie, der Sie in Ihrer Fraktion ausgewiesene Schläger haben,

(Udo Pastörs, NPD: Was?! Das ist doch schon langweilig, gnädige Frau.)

dass Sie sich hier jetzt hinsetzen und mir Rechtsradikalismus unterstellen,

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE)

das ist ja wohl der größte Witz, den Sie hier je abgelassen haben!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich glaube, eins wurde deutlich, auch heute wieder: Mit Ihren unlauteren, in weiten Teilen unwahren, aus dem Zusammenhang gerissenen Behauptungen

(Udo Pastörs, NPD: Wo waren die denn, die unlauteren Behauptungen?)

versuchen Sie seit Jahren

(Stefan Köster, NPD: Wo waren die denn?)

und vor allem seit den letzten Bundestagswahlen und Landtagswahlen, mit einem nicht zu beschreibenden Populismus die Menschen in der Griesen Gegend und im Landkreis Ludwigslust zu verunsichern und für sich zu gewinnen.

(Udo Pastörs, NPD: Über die Braunkohle reden wir hier. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Man braucht zum Beispiel nur in das von Ihnen auch schon hier angegebene Plenarprotokoll der Sitzung vom 28.03.2007 zu sehen, um mitzubekommen, dass es Ihnen weder um die Menschen, noch um die Landschaft oder die Natur geht, sondern ausschließlich darum, die verständlichen Ängste – jawohl, ich glaube, wir haben hier alle Verständnis für die Ängste der Menschen in der Region – zu nutzen, um

(Udo Pastörs, NPD: Warum haben Sie denn nichts gemacht bisher? – Raimund Borrmann, NPD: Zu spät, zu spät!)

Vertreter demokratischer Parteien zu verunglimpfen

(Udo Pastörs, NPD: Warum haben Sie denn nichts gemacht bisher?)

und deren Glaubwürdigkeit infrage zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Wenn Sie sich auch nur annähernd mit der Chronologie der Ereignisse um die Probebohrungen beschäftigt hätten,

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

dann hätten Sie die unglaublichen und völlig haltlosen Unterstellungen gegenüber dem Ministerpräsidenten in der damaligen Rede, die Frau Kollegin Gramkow damals noch kommentierte, das sei „ungeheuerlich“, besser runtergeschluckt.

(Udo Pastörs, NPD: Wir hätten besser schneller Schluss gemacht, dann wäre das überflüssig gewesen.)

Wie Sie unschwer der Antwort auf meine Kleine Anfrage vom 26.07.2005 entnehmen konnten, ...

Hören Sie doch jetzt wenigstens zu, vielleicht kriegen Sie dann ein bisschen was mit!

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

... hatte Herr Dr. Ringstorff damals in der Funktion als Wirtschaftsminister nicht die Genehmigung für Erkundungsbohrungen erteilt. Heute ist Herr Dr. Ringstorff Ministerpräsident und wir haben einen Koalitionsvertrag, in dem eindeutig formuliert worden ist: „Ein Braunkohleabbau in der Griesen Gegend“

(Udo Pastörs, NPD:
Der ist juristisch nicht belastbar.)

„widerspricht der touristischen Entwicklung des Landes“.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist juristisch
nicht belastbar, was da steht. –
Stefan Köster, NPD: Frau Seemann, geben
Sie doch zu, dass Sie da versagt haben! –
Heiterkeit bei Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das ist für Sie ebenso passend.)

Herr Pastörs, Ihre Wortklauberei, dass hier nicht die Region, der Landkreis Ludwigslust oder die Kommune angesprochen worden sind, ist doch bezeichnend für Ihre unlautere Herangehensweise. Und eben Ihre Vorstellung, die Chronologie völlig zu verdrehen, dass Sie Initiator sämtlicher Aktivitäten gewesen sind, ist doch noch mal das gleiche Schauspiel.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Udo Pastörs, NPD: Das habe ich auch nicht
behauptet. – Unruhe bei Stefan Köster, NPD)

Sie haben ein Ziel: die Glaubwürdigkeit der Vertreter demokratischer politischer Parteien infrage zu stellen,

(Udo Pastörs, NPD: Das stelle ich sehr
wohl infrage, wenn ich das hier sehe.)

um letztlich irgendwann, haben Sie die Hoffnung,

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

die Mehrheit zu kriegen, Ihre menschenverachtenden Ziele umzusetzen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und, Herr Pastörs, ich kann es verstehen, dass Sie dann personifiziert auch einen Ministerpräsidenten ansprechen, der gerade im ländlichen Raum den Ruf hat, ein bodenständiger Mecklenburger zu sein, und ein hohes Maß an persönlichem Vertrauen und Glaubwürdigkeit genießt, wie die letzten Landtagswahlen noch mal gezeigt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der SPD – Stefan Köster, NPD:
Das ist doch nicht die Wahrheit. –
Udo Pastörs, NPD: Dann schauen Sie sich doch
mal seine Wahlergebnisse an! Das ist doch
lächerlich, was Sie hier sagen.)

Im Übrigen – ich weiß nicht, ob das jedem hier im Hohen Hause bekannt ist – habe ich heute noch mal die Mitteilung aus Lübbtheen gekriegt, dass Sie sich ja offensichtlich im Wahlkampf selbst nicht zu schade waren, Plakate

der Bürgerinitiative mit Ihrem NPD-Logo einfach zu überkleben und für Ihre Zwecke zu nutzen.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Pfui!)

Wenn das stimmen sollte,

(Udo Pastörs, NPD: Das stimmt nicht.)

muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen,

(Udo Pastörs, NPD: Das stimmt nicht,
aber kommentieren Sie das ruhig.)

ist das noch ein Stück aus dem Tollhaus.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Udo Pastörs, NPD: Das tangiert mich peripher.)

Aber die Menschen durchschauen Sie doch zunehmend. Letztendlich bestes Beispiel ist Ihr Rausschmiss aus der Bürgerinitiative. Dort hat man Sie doch als Sprücheklopfer erkannt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD)

Sparen Sie sich doch Ihre Aufrufe wie bei der Sitzung im März, faktisch einen Häuserkampf zu machen! „Wir werden das über die Straße regeln.“

(Raimund Borrmann, NPD: Das Einzige, was
Sie hier können, ist doch nur rausschmeißen
und verbieten! Das ist das Einzige.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, demokratische Parteien regeln das nicht über die Straße.

(Raimund Borrmann, NPD:
Sie haben doch keine Argumente.)

Wir regeln das über Möglichkeiten, die wir im rechtsstaatlichen Sinne haben,

(Stefan Köster, NPD: Das sieht man in
Sachsen, wie die Dörfer weggebaggert
werden, Frau Dr. Seemann.)

unter anderem über das Parlament.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Wir sind hier in Mecklenburg-Vorpommern. –
Stefan Köster, NPD: Das Gleiche wird
hier auch passieren. – Zuruf von
Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Holen Sie mal Luft, bevor Sie dazwischenbrüllen, Herr Pastörs.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Aufgabe der Vertreter der demokratischen Parteien ist es, innerhalb der Möglichkeiten des demokratischen Rechtsstaates alles zu unternehmen, um die Fortsetzung der Erkundungsbohrungen zu verhindern und endlich Sicherheit für die Menschen, für die Unternehmen, für Planungen in den Kommunen der Region und im Landkreis herzustellen.

(Udo Pastörs, NPD: Sie erzählen immer dasselbe,
nichts juristisch Belastbares. Bla, bla, bla! –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Jetzt
kommt der Oberjurist hier, was? –
Reinhard Dankert, SPD:
Sie sind nur belastend.)

Und Kollege Backhaus hat recht, wir können uns nicht weitere 40 oder 50 Jahre Unsicherheit leisten, denn die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises mit seinen zahlreichen Unternehmen, vor allem aus dem Bereich der Nahrungsmittelindustrie, in einer Region mit vergleichsweise intaktem Gleichgewicht wäre davon betroffen. Es ist ein energiepolitisch unsinniges Projekt. Das hat Frau Schwebs auch schon sehr schön dargestellt:

(Udo Pastörs, NPD: Das wissen wir alles schon seit Jahren, gnädige Frau.)

Statt viel Geld in die Gewinnung minderwertiger fossiler Brennstoffe zu investieren, sollten verstärkt alternative Energien genutzt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

Weitere Erkundungen und ein möglicherweise in zig Jahrzehnten erfolgter Tageabbau haben nicht wieder gut zu machende Verluste an Lebensqualität für die Menschen in der Region und darüber hinaus zur Folge. Und die Folgen wären ein verstärkter Bevölkerungsrückgang beziehungsweise verstärkte Abwanderungsbewegungen.

(Udo Pastörs, NPD: Noch mehr Abwanderung? – Irene Müller, DIE LINKE: Ja Sie dürfen. – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Und in zahlreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen würde es zu wirtschaftlichen Einbußen kommen. Und ich denke, die Aufzählung der negativen Auswirkungen ist damit auch noch nicht abschließend.

Aber deutlich wurde aus allen Redebeiträgen, mit dem vorliegenden Antrag bringen die demokratischen Fraktionen in diesem Hohen Hause zum Ausdruck, dass sie weitere Erkundungsbohrungen und auch einen eventuellen Braunkohletageabbau in der Griesen Gegend nicht haben wollen. Dass hierzu der rechtsstaatliche Rahmen eingehalten werden muss und hierfür auch Sachargumente, wie Auswirkungen auf Klima, Wasser, Umwelt und Natur, die Grundlage bilden müssen, liegt doch wohl auf der Hand. Hieraus zu drehen, dass der Antrag substanzlos sei – Sie haben es heute auch noch mal wieder versucht, aber auch der Herr Ludger Klus in seiner Pressemitteilung –, das ist einfach lächerlich.

(Udo Pastörs, NPD: Er hat recht, der Herr Klus. Da ist nichts an Substanz.)

Ich sage es ausdrücklich, dass ich in vielen Fragen auch mit Herrn Klus einer Meinung bin, aber hier soll etwas zerredet werden, was den Menschen in unserer Region, in meiner Region, in meiner Heimat hilft. Und deshalb bitte ich darum, dass dieser interfraktionelle Antrag von SPD, CDU, FDP und DIE LINKE eine breite Unterstützung findet.

(Beifall Angelika Gramkow, DIE LINKE, und Torsten Koplín, DIE LINKE)

Ich weiß, dass wir trotzdem vor Ort weiter am Ball bleiben müssen. Ich sichere Ihnen zu, dass wir als demokratische Parteien vor Ort und, ich denke, auch im Landtag weiter am Ball bleiben werden, und wir brauchen Sie dazu einfach nicht, Herr Pastörs. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Udo Pastörs, NPD – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Wir werden Sie unterstützen. Die NPD wird das flankierend unterstützen.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Dr. Seemann.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/660. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/660 mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Einspruch des Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, gemäß § 100 der Geschäftsordnung des Landtages gegen einen erteilten Ordnungsruf in der 19. Sitzung des Landtages.

Einspruch des Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, gemäß § 100 der Geschäftsordnung des Landtages gegen einen erteilten Ordnungsruf in der 19. Sitzung des Landtages

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Abgeordnete Tino Müller hat mit Datum vom 14. Juni 2007 fristgerecht Einspruch gegen einen erteilten Ordnungsruf in der 19. Sitzung des Landtages am 13.06.2007 eingelegt. Dieser Einspruch und das Schreiben der Präsidentin des Landtages liegen den Mitgliedern des Landtages als Tischvorlage vor.

Lassen Sie mich zu dem Einspruch Folgendes anmerken: Gemäß Paragraf 100 unserer Geschäftsordnung entscheidet der Landtag nach Beratung im Ältestenrat über den Einspruch ohne Aussprache. Die Beratung im Ältestenrat hat in der 40. Sitzung stattgefunden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einspruch. Wer dem Einspruch des Abgeordneten Tino Müller gegen einen erteilten Ordnungsruf in der 19. Sitzung des Landtages am 13. Juni 2007 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Einspruch des Abgeordneten Tino Müller bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Ablehnung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktionen der SPD, CDU und FDP abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 12. Juli 2007, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18.52 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Helmut Holter und Sebastian Ratjen.